

Stefan Gaitanides

Integration – Bringschuld der Einwanderer und/oder der Mehrheitsgesellschaft ?

Veröffentlicht in Sprachverband Mainz, Bildungsarbeit 3/1999, S.1-10 (Manuskript)

In meinem Beitrag werde ich mich mit Problemen der Eingliederung und Gleichstellung der Migrantenbevölkerung befassen sowie der Frage, welchen Beitrag die beteiligten Akteure dazu in der Vergangenheit erbracht haben bzw. wo der meiste Handlungsbedarf liegt.

Vorab möchte ich daran erinnern, dass sich in der Vergangenheit - und teilweise auch heute noch - ein dialektischer Zusammenhang aufzeigen lässt zwischen der Marginalisierung von Migranten und der Integration der Mehrheitsbevölkerung . Die Lasten von Konjunkturkrisen und Modernisierungsschüben konnten überproportional auf den Schultern der Migranten abgeladen werden, wodurch der Desintegration von gefährdeten Teilen der angestammten deutschen Bevölkerung vorgebeugt werden konnte. Auf diesen Zusammenhang wurde in der gesellschaftskritischen Ära der 70er Jahre immer wieder hingewiesen (u.a.: Geiselberger 1972, Nikolinakos 1973). Er wird im heutigen Integrationsdiskurs weitgehend ausgeblendet: Durch die Einwanderung wird die demographische Lücke aufgefüllt und somit die Renten sicherer. Da immer wieder "fertige Arbeitskräfte" geliefert werden, spart sich die Volkswirtschaft Reproduktionskosten. Im Alter werden durch Abwanderung ebenfalls Kosten gespart. Migranten arbeiten zu Bedingungen, die Alteingesessene unakzeptabel finden und bewohnen Behausungen, die an deutsche Mieter nicht mehr absetzbar sind. Sie benutzen teure Bildungs- und Kultureinrichtungen weniger. In Krisensituationen können Arbeitslose ohne gesicherten Aufenthalt abgeschoben werden. Die Sozialkassen werden von vielen aus Angst vor aufenthaltsrechtlichen Folgen nicht in Anspruch genommen, statt dessen stehen familiäre Netze zur Verfügung, die bei den Einwanderern der ersten und zweiten Generation noch stärker vorhanden sind als bei der individualisierteren deutschen Bevölkerung. Sie verhindern das Abgleiten in Anomie. Auf dem "Trittstein" der Ausländerbeschäftigung können deutsche Unterschichten aufsteigen und wo dies nicht gelingt, kann wenigstens die soziale Identität durch die "neo-feudale Abgrenzung nach unten" ausbalanciert werden (Hoffmann-Novotny 1973).

"Das angesehene Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) hat beide Fragen (Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg und belasten den Sozialstaat S.G.) statistisch geprüft . Das Ergebnis für den Untersuchungszeitraum 1988 bis 1995: ‚Ausländische Arbeiter üben nur Tätigkeiten aus, für die nicht ausreichend einheimische Arbeitskräfte zur Verfügung stehen‘. Die RWI-Experten haben auch berechnet, was Ausländer kosten und was sie einbringen. Zuwanderer haben pro Jahr aus diversen öffentlichen Töpfen 70 Milliarden Mark bezogen - auf der anderen Seite aber 100 Milliarden an Steuern und Abgaben gezahlt. Macht ein Plus von 30 Milliarden Mark." (Der Spiegel 23.11.98, S. 27)

Die Mehrheitsbevölkerung hätte demnach eine Menge Probleme mehr, wenn es die Einwanderer nicht gäbe.

Ob die Systemstabilität allerdings auf Dauer aufrechterhalten bleiben kann, wenn man die

Migranten in ihrer marginalen Stellung belässt, steht auf einem anderen Blatt. Meines Erachtens gibt es auf lange Sicht auch unter systemischen Gesichtspunkten keine Alternative zur Integrationspolitik im Sinne der Angleichung der Lebenschancen der Einwanderungsbevölkerung. Denn erstens verschlechtern sich die Beschäftigungsperspektiven für Unqualifizierte durch die Globalisierung drastisch und zweitens bescheiden sich die nachwachsenden Generationen nicht mehr mit der Übernahme der subalternen Positionen ihrer Eltern. Sie haben sich an das durchschnittliche Anspruchsniveau angepasst und fordern gleiche Chancen. In Heitmeyers Studie über die Einstellungen junger Türken, äußerten z.B. 73 % der Befragten dass es ihnen "sehr wichtig" bzw. "wichtig" sei, "die berufliche und soziale Stellung Ihrer Eltern zu übertreffen" (Heitmeyer 1997, S. 269). Werden ihnen keine angemessenen Chancen eröffnet, ist die Häufung anomischer Reaktionen absehbar - mit allen destabilisierenden Folgen für den sozialen Frieden und die öffentlichen Finanzen.

Historischer Rückblick: Die Integrationsdebatte – neuer Wein in alte Schläuche

Die Bearbeitung meines Themas im engeren Sinne möchte ich mit einem kurzen historischen Rückblick einleiten.

Der Begriff der "Integration" von "Ausländern" erlebt in der letzten Zeit ein Comeback. Diese Worthülse hatte schon einmal Anfang der 80er Jahre Hochkonjunktur. Der Integrationsbegriff wurde "tausendfach definiert oder missbraucht" (Bayaz u.a. 1984: 188f). Und auch das komplementäre, "scheinbar so ‚anachronistische‘ Ghettothema" feiert " in der letzten Zeit wieder fröhliche Urstände in der öffentlichen Diskussion". "Fast möchte es scheinen als habe die ganze lange Debatte der 80er Jahre, welche Georg Elwert mit seiner provokativen These der ‚Integration durch Binnenintegration‘ auslöste, (und damit erstmals einen ressourcenorientierten Blick auf die Einwanderersubkulturen eröffnete S.G.) nie stattgefunden" (Behrendt 1998: 44, vgl. Elwert 1982).

Den Auftakt einer die Fachkreise überschreitenden Integrationsdebatte lieferte seinerzeit das sog. "Kühn-Memorandum" von 1979, das die Gefahren der dauerhaften sozialen Ausgrenzung ausländischer Jugendlicher an die Wand malte und zur Entschärfung dieser "tickenden Zeitbombe" präventive Fördermaßnahmen empfahl v.a. im Bereich der ausserschulischen Förderung und der Berufsförderung (Kühn 1979).

Die offizielle Integrationsprogrammatik erlitt dann mit der politischen Wende 1982 einen Rückschlag. Ausländerpolitisch profilierte sich die neue Regierung eher auf dem Gebiet der Einwanderungsbegrenzung – wengleich auch schon unter der Regierung Schmidt die Politik der "Konsolidierung der Einwanderung" durch administrative Restriktionen eingesetzt hatte.

Die Integrationsdebatte Anfang der 80er Jahren setzte den Akzent einseitig auf Anpassungsleistungen von Seiten der Immigranten. Als wichtigste strategische Variable von Integrationsprozessen betrachtete man die kulturelle Anpassung. Sie stehe am Anfang des Integrationsprozesses, gefolgt von der sozialen und schließlich der politischen Integration als krönender Abschluss. So war es auch bisher im Einbürgerungsrecht nachzulesen: wirtschaftliche Motive seien für die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft nicht ausreichend, vielmehr seien auch die "Hinwendung zu Deutschland" und zur "deutschen Kultur" und die soziale Integration dafür Voraussetzung.

Der Integrationsbegriff wurde auch missbraucht, um die Ursachen für Eingliederungsdefizite den Migranten in die Schuhe zu schieben und eine restriktive Einwanderungspolitik zu recht-

fertigen. Den einen wurde “Integrationsunfähigkeit” – auf Grund der Zugehörigkeit zu einem anderen Kulturkreis unterstellt (Dregger in einer Debatte des Bundestages über Ausländerpolitik) den anderen wurde die “Integrationswilligkeit” abgesprochen. Sie würden sich nur aus materiellem Gründen in der Bundesrepublik aufhalten und zeigten keinerlei Interesse, Deutsch zu lernen und nähmen keinerlei Rücksicht auf die Lebensweise deutscher Nachbarn (Gaitanides 1983, Treibel 1999).

Von der Fachwelt wurde dieses letztlich mit einer Assimilationsperspektive zusammenfallende Verständnis von Integration als “Zwang zur Germanisierung kritisiert” (Leggewie 1980, Hamburger u.a. 1983, Bayaz u.a. 1984).

Außerdem war die Anfang der 80er Jahre geführte Integrationsdebatte auf die ordnungspolitische Dimension fixiert. Es ging ihr nicht um Gleichstellung, vielmehr sollte der Gefährdung des sozialen Friedens durch sozialintegrative Maßnahmen vorgebeugt werden. Sicherlich setzten die Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und Minoritäten innerhalb der Parteien andere Akzente und wollten unter Integration eher die Herstellung von Rechts- und Chancengleichheit verstanden wissen. Auch freundeten sie sich zusehends mit dem normativen Leitbild einer “multikulturellen Gesellschaft” an. Erinnert sei nur an die Anfang der 80er von Pfarrer Lüderwaldt, dem Sprecher der Initiative ausländischer Mitbürger in Hessen, formulierten Losung: “Verschiedene Kulturen – gleiche Rechte!” (Lüderwaldt 1984, S. 179). Aber diese Kreise konnten sich gegen den Mainstream mit ihren Ansichten nicht durchsetzen.

Ich habe den Bedeutungsgehalt des nunmehr fast zwanzig Jahre zurückliegenden Integrationsdiskurses in Erinnerung gerufen, weil in den heutigen immigrationspolitischen Debatten Argumente auftauchen, die damals schon breit getreten wurden, deren Realitätsannahmen zwischenzeitlich vielfältig wissenschaftlich widerlegt worden sind, die aber offensichtlich eine starke Überlebensresistenz gegenüber widersprechenden Realitätseinsichten haben. Dies gibt zu der Vermutung Anlass, dass der assimilatorische und ordnungspolitische Integrationsbegriff weniger der sachlichen Problemlösung dienen soll, er hat sich vielmehr bewährt als ein ideologisches Konstrukt zur populistischen Mobilisierung von Wählerstimmen bzw. zur Legitimierung einer restriktiven Einwanderungs- und Einbürgerungspolitik.

Neuaufgabe der konservativen Assimilationsforderungen

Als ein Beispiel für die Zählebigkeit der in den 80er Jahren erstmals aufgetauchten Diskursmuster kann hier die von Jörg Schönbohm im Berliner Senat durch ein provokatives Zeitungsinterview ausgelöste Debatte 1998 angeführt werden. Es ginge nicht an, dass die Berliner sich in Kreuzberg auf einem exterritorialem Gebiet fühlten. Deutschland gehöre schließlich den Deutschen. Die Ausländer sollten sich gefälligst entweder an die “deutsche Leitkultur” anpassen oder nachhause gehen (vgl. Hentges 1999, S. 36 f). In einem Aufsatz der ein Jahr früher datiert, schreibt Schönbohm etwas verhaltener:

“Ausländische Bevölkerungsgruppen dürfen sich nicht dauerhaft als Fremdkörper etablieren und ein isoliertes Eigenleben führen. ... Sie müssen bereit sein, sich auf die hiesigen Verhältnisse positiv einzulassen. So darf der Wille zur Bewahrung der eigenen kulturellen Identität nicht Vorwand sein für selbstisolierende Abschottung gegenüber der deutschen Kultur, den Sitten und Gebräuchen” (Schönbohm 1997, S. 3).

In dieselbe Kerbe schlug auch der Spiegel im April 1997, als er dem Projekt der multikulturellen Gesellschaft das Sterbeglöcklein läutete mit der Titelgeschichte "Ausländer und Deutsche: gefährlich fremd – Das Scheitern der multikulturellen Gesellschaft" (Der Spiegel 14.4.97). In reißerischer Aufmachung wird hier ein Bedrohungsszenario entfaltet - von ethnischen Parallelgesellschaften, in denen sich durch Frustration aufgestaute Aggressivität gegen Deutsche entlade und sich Elend und Kriminalität ausbreiteten.

Fernsehjournale berichten fast täglich über den Verfall der Schulkultur, die Gewaltneigung der Jugendlichen in den Migrantenghettos und die Rekrutierungserfolge der "fundamentalistischen" Rattenfänger. Unschwer lassen sich die oben genannten Argumentationsmuster auch in der populistischen Begleitmusik zur Unterschriftenkampagne der CDU/CSU "für Integration und gegen die doppelte Staatsbürgerschaft" Anfang des Jahres wiederfinden. Die Hinnahme der staatsbürgerlichen Doppelbindung fördere die Abschottungstendenzen in der Migrantenbevölkerung, führe bei außenpolitischen Interessenkollisionen zu Loyalitätskonflikten und dazu, dass Deutschland zum Schauplatz militanter interner politischer Auseinandersetzung werde, gemessen an denen die RAF-Aktivitäten noch harmlos waren (Stoiber).

"Keiner kann auf die Dauer in zwei Heimaten leben. Jeder muss sich entscheiden – für ein Vaterland".

"Die doppelte Staatsbürgerschaft dient nicht der Integration, sondern verhindert sie".

"Die Einbürgerung kann erst am Ende einer gelungenen Integration stehen".

(Flugblatt der CDU Hessen/Frankfurt)

Distanzierung von Teilen der Sozialwissenschaft vom Multikulturalismus

Bedauerlicherweise haben auch seriöse Wissenschaftler – wohl unter dem Schock der schlimmen ethnischen Konflikte auf dem Balkan – zur Diskreditierung von ethnischen Netzwerken von Einwanderern beigetragen, – so auch die Studie von Wilhelm Heitmeyer über die Gewaltbereitschaft und "fundamentalistische Verlockung" bei jungen Türken (Heitmeyer 1997). Weniger die Studie selbst, sondern die selektive Interpretation der Studie durch die Journalisten hatte eine negativ stigmatisierende Wirkung.

In der wissenschaftlichen Community vereinsamt die mit der Etikette "Multikulturalismus" bezeichnete Position. Stark durchgesetzt hat sich der von Frank-Olaf Radtke und anderen vertretene strikte Universalismus, der aus einer systemtheoretischen Perspektive der "anachronistischen" ethnischen Gemeinschaftsbildung skeptisch gegenüber steht, der überhaupt vor der Thematisierung und Berücksichtigung ethnischer Differenz im öffentlichen Raum wegen deren segregationsverstärkenden Nebeneffekte warnt und die Integrationskonzepte auf den Abbau struktureller Diskriminierung beschränkt wissen will (vgl. u.a. Radtke 1991).

In einem kürzlich zur Eröffnung des "Landeszentrum für Zuwanderung Nordrhein-Westfalen" gehaltenen Vortrag warnt der renommierte Migrationssoziologe Hartmut Esser vor der öffentlichen Förderung ethnischer Institutionen bzw. ethnischer Ökonomien, weil durch die Herausbildung von ethnischen Gemeinschaften und Märkten die Aufstiegskanäle für die Kinder blockiert würden und ein System etabliert würde, das zur "Wiederkehr der feudalen Ständegesellschaft inmitten der Moderne" führen würde, zu einem System

ethnischer Schichtdifferenzierung, in dem die Positionen nicht qua Leistung und Qualifikation vergeben werden, sondern entsprechend der ethnischen Zugehörigkeiten zugewiesen würden (Esser 1998,S.19). Vor diesem Schicksal blieben die Migranten nur bewahrt, wenn sie sich an die “zentralen Bereiche der Kernkultur unserer Gesellschaft” assimilierten (ebdt. S. 18).

Doppelte Staatsbürgerschaft und Bewahrung der ethnischen Identität gaukelten den Migranten Alternativen vor, die sie daran hinderten, zielstrebig an der Verbesserung ihrer Deutschkenntnisse und Leistungsqualifikationen zu arbeiten. - Wie in der Fabel der Esel zwischen mehreren Heuhaufen verhungere, weil er sich für keinen entscheiden könne, so verharteten die Migranten in einer unproduktiven ambivalenten Haltung. “Erst, wenn es bestimmte Optionen wirklich nicht mehr gibt, verzieht sich die Indifferenz ... und die Indifferenz in der Alltagsgestaltung, weniger die offene Diskriminierung, ist das Problem, das die ethnische Schichtung schafft” (S.20).

Ich möchte nicht auf den unbewussten Gehalt des vielleicht nicht zufällig gewählten Vergleichs der Migranten mit störrischen Eseln eingehen. Der Wissenschaftler begeht selbst eine Eselei, wenn er sich die Scheuklappen der Rational-Choice-Theorie anlegt, die seiner Interpretation zugrunde liegt.

Wo andere über die “Multi-Options-Gesellschaft” sinnieren, will er die Optionen der Migranten sozialtechnisch einengen (Groß 1994). Welch paternalistische Anmaßung, - abgesehen von den falschen Annahmen, auf denen seine Theorie gründet. Wie erklärt er sich z.B. den unbestreitbaren Bildungserfolg der Frauen, die doch auf die Alternativrollen “Hausfrau” und “Mutter” ausweichen können? Kann man allen Ernstes behaupten, dass der Aufstieg der Arbeiterkinder erst möglich wurde, nachdem die spezifische Klassenkultur aufgegeben wurde oder ist es nicht vielmehr so, dass sich die bildungsbenachteiligte Arbeiter-klasse durch kollektives Handeln und sozialdemokratische Reformpolitik den Zugang zur weiterführenden Bildung erkämpft hat? Zudem sieht er nicht, dass Lernmotivationen und Frustrationstoleranz durch eine sichere Gruppenidentität eher aufgebaut werden als dass sie davon absorbiert würden. Er verkennt, dass die Bildungsaspirationen unabhängig von der Stärke der ethnischen Bindung bei allen Einwanderergruppen sehr hoch sind, da das Migrationsprojekt mit einem starken Motiv nach sozialem Aufstieg verknüpft ist.

Hier scheint sich also auch in Teilbereichen der Wissenschaft wieder ein “monistisches” Integrationskonzept in den Vordergrund zu schieben, das die Einwanderer-Communities als Integrationshindernisse qualifiziert, das nur auf deren Modernitätsdefizite starrt und das blind ist sowohl für deren stabilisierende Funktionen wie für deren kreative Anpassungsleistungen und Veränderungspotentiale.

Der australische Sozialpsychologe Taft hatte in den 50er Jahren die Unterscheidung in drei Typen der Eingliederung von Einwanderern eingeführt:

- eine monistische Variante der vollständigen Anpassung der Einwanderer an die dominante Leitkultur des Aufnahmelandes. Als historisches Beispiel kann die Amerikanisierungspolitik zu Beginn des 20. Jahrhunderts angeführt werden, die Strategie des “melting pot”.

Nachdem die Einschmelzung v.a. der aus dem Süden zugewanderten Schwarzen und Hispanos nicht gelungen war, wurde diese Variante in den 50er und 60er Jahren abgelöst durch ein

- *pluralistische Konzept* von Integration, das bis heute dominiert. Die Vision eines im Schmelztiegel vereinheitlichten amerikanischen Nationalcharakters wurde abgelöst vom Bild der bunten Salatschüssel (salad bowl), in der die eingewanderten Gruppen ihre multikulturelle Identität leben können aber gleichzeitig eine Assimilation an die nationale Verkehrssprache und die politische Kultur Amerikas stattfindet.
- Als dritte Variante führte Taft die *interaktionistische Integrationsstrategie* an, den gleichberechtigten interkulturellen Austausch der Gruppen ohne vollständige Angleichung. Diese Variante liegt dem normativen Leitbild einer multikulturellen Gesellschaft zugrunde, das bisher erst sehr bruchstückhaft in einigen Teilbereichen erklärter Einwandererländer realisiert wurde (vgl. Taft 1957, S. 154f; Gaitanides 1999).

Im weiteren Verlauf meines Beitrags möchte ich mich mit dem Realitätsgehalt der Desintegrationshypothese befassen und mich mit den normativen Implikationen und den Realitätsannahmen der alten und neuen Integrationsdebatte auseinandersetzen.

Keine Bestätigung der Desintegrationshypothese durch die empirischen Daten

Wenn man wichtige Indikatoren des Integrationsprozesses - wie sprachliche Assimilation, interethnischer Kontakt und soziale Integration - über längere Zeiträume miteinander vergleicht, wie ich das anhand der vom Bundesarbeitsministerium in Auftrag gegebenen Repräsentativbefragungen von Anwerbenationalitäten 1985 und 1995 getan habe, besteht kein Grund zur Panik (FES 1986, FES/SIGMA 1996).

Ohne Zuspitzungen in einzelnen sozialen Brennpunkten zu leugnen, lässt sich für die überwältigende Mehrheit der Migranten – auch der türkischen Einwanderer – eine Segregations-tendenz anhand der empirischen Daten nicht belegen. Entgegen aller anders lautenden Behauptungen verweisen viele empirischen Indikatoren eher auf eine Verstetigung des Integrationsprozesses.

Zugenommen hat der Anteil der Migranten, die

- gut bis sehr gut Deutsch sprechen (39 % : 46 %) (FES/SIGMA 1996, S. 281)

Dies erklärt sich nicht nur aus der Zunahme der hier geborenen und aufgewachsenen Kinder. Allgemein gilt: Je länger die Aufenthaltsdauer, desto besser die Deutschkenntnisse (ebdt. S. 272). Die Zunahme des Segmentes der schlecht bis sehr schlecht deutsch sprechenden Migranten von 19 % : 27 % erklärt sich größtenteils aus dem Zuzug aus dem zerfallenden Jugoslawien, dem Ehegattennachzug aus der Türkei und dem Umstand, dass die Erwerbstätigkeit von Müttern auf Grund der Arbeitsmarktlage stark zurückgegangen ist und somit auch die Notwendigkeit, am Arbeitsplatz in deutscher Sprache zu kommunizieren.

Dies ist also eher eine Folge der kurzen Aufenthaltsdauer bestimmter Gruppen und der erschwerten Beschäftigungschancen v.a. von Frauen als eine Folge von Reethnisierungstendenzen.

- Aufgeräumt werden muss auch mit der Mär, Migranten – v.a. Türken - weigerten sich, Deutschkurse zu besuchen. Der Anteil der Türken, die angaben, einen oder mehrere Sprachkurse besucht zu haben stieg von 1985-95 von 26% auf 34 % (ebdt. S. 287). Besonders ausgeprägt scheint die Bereitschaft Deutsch zu lernen bei den nachgereisten türkischen Ehegattinnen zu sein, - wie dem Verfasser viele Träger im Rahmen einer Recherche zum 6. Familienbericht berichtet haben.

Dabei gaben nur 12 % der befragten Türken, die keinen Sprachkurs besucht hatten, an, kein Interesse an einem Sprachkurs gehabt zu haben sondern durch andere Gründe an der Teilnahme verhindert gewesen zu sein. Genannt wurden Zeitmangel, Notwendigkeit Geld zu verdienen, Müdigkeit und Erschöpfung, fehlende Information oder Angebote vor Ort (ebdt. S. 288).

Sprachkurse sind notwendig aber sie sind noch keine hinreichende Bedingung für den Spracherwerb. Migranten mit viel Kontakt zu Deutschen im beruflichen wie im privaten Bereich sprechen besser Deutsch – unabhängig vom Sprachkursbesuch.

Aber mit den Kontaktchancen zu Deutschen ist es so eine Sache. Der Kontakt zu Deutschen hängt weniger vom Kontaktwunsch ab als von den sozialen Gegebenheiten.

Schichtsoziologen haben ermittelt, dass Freizeitkontakte nur sehr selten schichtübergreifend stattfinden (u.a. Mayer/Müller 1976) . Wenn viele Migranten in Substandard-Arbeitsplätzen und -Wohnungen quasi unter sich sind, wirkt sich das entsprechend negativ auf die Kontaktbereitschaft der sozial besser situierten Deutschen aus. Aber auch die sozial benachteiligten Deutschen distanzieren sich, um sich wenigstens auf der symbolischen Ebene als etwas besseres fühlen zu können.

- Dennoch geben 1995 wesentlich mehr Türken als 1985 an, häufigeren Kontakt zu Deutschen zu haben (83 % : 54 %). Dies gilt v.a. für die junge Generation. Allerdings sind diese Kontakte nicht so dicht wie die zu den Landsleuten (ebdt., S. 308, FES 1986, S. 423).
- Der Anteil derjenigen Türken, die keine intensiveren Kontakte zu Deutschen wünschte, sank von 1985-95 von 30,5 % auf 18 % (eigene Berechnungen aus ebdt. S. 314/315).
- Entgegen der Behauptung des Spiegel, Deutsche und Ausländer seien sich gefährlich fremd geworden, bewerte 1995 ein größerer Prozentsatz der befragten Türken die Qualität der interethnischen Kontakte mit “gut” als 1985 (54% : 46%). Der Anteil derjenigen, die diese Kontakte als “unbefriedigend” bis “schlecht” bezeichnete, sank von 14 % auf 9 % (ebdt. S. 311).
- Interessant sind auch die Vermutungen über den Kontaktwunsch der Deutschen bei Türken. Hier nehmen auch die befragten Türken häufiger als 1985 an, dass Deutsche den Wunsch nach intensiveren Kontakt haben – trotz aller spektakulären ausländerfeindlichen Vorfälle nach dem Mauerfall (1985: 29,3 % , 1995 : 37,1%). Bei den Italienern und Griechen lagen die Werte noch höher. Sie haben auch mehr Kontakte zu Deutschen (ebdt. S. 318).

- Entgegen der Unterstellung von Schönbohm, Migranten wollten ein isoliertes Eigenleben führen, möchte ein größerer Teil der Türken lieber in einem überwiegend von Deutschen bewohnten Viertel wohnen (20,3%) als in einem Viertel, das mehrheitlich von Ausländern bewohnt ist (17 %); - wohlgemerkt von "Ausländern" nicht explizit von "Türken". Hier ist eine leichte Zunahme zu vermerken (1985: 11,1 %). Die gibt es aber auch bei den scheinbar stärker integrierten Ex-Jugoslawen und Italienern. Zwei Dritteln der Befragten (62,4 %) ist die ethnische Zusammensetzung des Wohnviertels gleichgültig (ebdt.S. 316).

Auch andere Integrationstendenzen haben sich verstärkt:

- So hat bei den Türken die Bereitschaft, Mischehen mit Deutschen zuzulassen, zugenommen (1985: 35,3 % - 1995: 56 %) (ebdt. S. 226) sowie die Bereitschaft, die deutsche Staatsbürgerschaft auch um den Preis des Verlustes der türkischen Staatsbürgerschaft anzunehmen (1985: 15 % - 1995: 40 %) (ebdt. S. 229) .

Um nicht missverstanden zu werden, mir geht es nicht darum, die Dinge schön zu reden.

Die empirischen Indikatoren verweisen gleichzeitig darauf, dass es mit der Integration – vor allem was die berufliche Gleichstellung anbetrifft - viel zu langsam voran geht. Was nicht eingetreten ist, ist die stillschweigende Annahme, dass sich der Integrationsprozess im Generationswechsel schneller vollziehen würde und spätestens die Dritte Generation – wie seinerzeit die Ruhrpolen - von der alteingesessenen Bevölkerung nicht mehr unterscheidbar sein und in ihr aufgehen wird. Das schneckenhafte Integrationstempo hält mit der Entwicklung der legitimen Ansprüche der nachwachsenden Generationen nicht Schritt. Festzuhalten bleibt aber, dass sich eine spektakuläre Desintegrationstendenz , wie sie in den Medien und im populistischen Diskurs vieler Politiker beschworen wird, durch empirische Untersuchungen nicht bestätigt lässt.

Assimilationsforderungen gründen sich auf den Anachronismus der Kulturation

Im nächsten Schritt möchte ich mich mit den Implikationen der konservativen Doktrin auseinandersetzen, die Vergabe der staatsbürgerlichen Rechte könne nur der Schlussstein eines langen und erfolgreichen Prozesses der kulturellen und sozialen Anpassung sein – gewissermaßen als Prämie für die erfolgreiche individuelle Anpassungsleistung gewährt werden.

Erstens folgt aus dieser Doktrin der dauerhafte politische Ausschluss all jener Einwanderer, die als kulturell unangepasst definiert werden – z.B. wegen ihrer mangelhaften Deutschkenntnisse. Außerdem führt diese Doktrin zur Verweigerung der politischen Partizipation für Menschen, die unverschuldet in soziale Randlagen geraten sind. Damit fallen wir in die Anfänge der Demokratieentwicklung zurück, in denen das Wahlrecht ein Privileg der Besitzenden war.

Zweitens ist der Ruf nach der Anpassung des Staatsvolkes an die "deutsche Leitkultur" immer noch dem Begriff der Kultur-Nation Deutschland verhaftet, der durch die Anschluss-

fähigkeit an völkische Ideologien in die historische Sackgasse des deutschen Sonderweges geführt hat. Die konservative Staatsvolkskonstruktion knüpft an eine Vorstellung von einer homogenen deutschen Werte- und Schicksalsgemeinschaft an, die – wenn es sie überhaupt je gegeben hat - sich spätestens durch die Realgeschichte der Nachkriegszeit längst überholt hat. Individualisierungsschübe haben die kulturellen Lebenswelten pluralisiert. Die Mehrheit der Deutschen würde sich heute gegen die Überstülpung eines deutschen Wertekanons und eines verbindlichen deutschen Lebensstils – was immer man darunter verstehen mag - heftigst zur Wehr setzen. Ein solcher Vorgang bedeutete auch einen Rückfall hinter das erreichte Niveau der politischen Kultur. Im liberalen Verfassungsstaat – so der Sozialphilosoph Habermas - darf “die Mehrheitskultur staatliche Privilegien auf Kosten der Gleichberechtigung anderer kultureller Lebensformen" nicht usurpieren und "deren Anspruch auf reziproke Anerkennung" beleidigen (Habermas 1993, S.179).

Assimilationszwang erschwert die Identifikation der Einwanderer mit Deutschland

Eben diese Verweigerung der Anerkennung der heterogenen kulturellen Lebensformen und Gruppenidentitäten der Zuwanderer macht den Einwanderern die Identifikation mit dem politischen Gemeinwesen Deutschland so schwer. Eine Politik - wie sie nach wie vor von den konservativen Volksparteien vertreten wird - , welche die Gewährung der staatsbürgerlichen Rechte an Assimilationsauflagen knüpft und Integration mit Assimilation gleichsetzt, stürzt besonders die jungen Einwanderer in Identitäts- und Loyalitätskonflikte. Der Anpassungsdruck bewirkt bei vielen eher das Gegenteil. Er verstärkt eher Distanzgefühle und Rückzugstendenzen.

Als die doppelte Staatsbürgerschaft eine Zeit lang zum Greifen nahe schien, konnte man bei der jungen Generation einen starken Motivationsschub beobachten, sich jetzt mit der Res Publica, mit dem politische Gemeinwesen Deutschland, zu identifizieren und sich als zukünftige Staatsbürger politisch zu engagieren. Die Bereitschaft zur Hinnahme der bisherigen Staatsangehörigkeit wurde als ein Paradigmenwechsel in der politischen Kultur gedeutet, als ein spätes Anerkenntnis ihrer Doppelbindung – an ihre Herkunftsgruppe und an ihre deutsche Heimat.

Viele junge Migranten haben die Unterschriftenkampagne der CDU/CSU gegen den Doppelpass als einen Schock erfahren. Sie geriet in ihren Augen zu einer “Volksabstimmung gegen Ausländer”. Gerade wollte man den Fuß über die Schwelle setzen, da schwingt einem die Türe schon wieder ins Gesicht.

Der anfängliche Euphorie ist mittlerweile ein Gefühl der Enttäuschung gewichen. Die Bereitschaft zur “identikativen Assimilation”, zur Identifizierung mit Deutschland und den Deutschen hat durch die Unterschriftenkampagne einen Rückschlag erlitten. Damit hat das konservative Lager genau das Gegenteil von dem erreicht, was es vorgeblich beabsichtigte: Die Migranten dazu zu bringen, sich für Deutschland zu entscheiden.

Auch die liberalen Mittelschichten rücken von den Einwanderern ab

Aber nicht nur die Konservativen auch die liberale und die ehemals grünalternative Öffentlichkeit hat ihre Wahrnehmung der Immigration verändert.

Der Blick auf das Fremde gleicht häufig einem Vexierspiel – einem Schwanken zwischen Idealisierung und Verteufelung. In den 80er Jahren fühlten sich die liberalen Mittelschichten von den sozialen Verwerfungen noch nicht bedroht. Sie konnten sich noch positiv mit den Bereicherungsaspekten der „Multikultur“ identifizieren. Seit der Wiedervereinigung schoben sich aber die negativen Aspekte der Immigration in den Vordergrund ihrer Wahrnehmung. Nunmehr kursieren auch bei ihnen angstmachende Vorstellungen von Ghettobildung, von der Zunahme des Fundamentalismus, von Gewaltbereitschaft und Kriminalität. Dem naiv-romantischen Traum von der multikulturellen Gesellschaft ist eine Katerstimmung gewichen, weil sich allmählich herausstellt, dass die multikulturelle Gesellschaft unerwarteten Konfliktstoff in sich birgt.

Die ehemaligen Ausländerfreunde stellen auf einmal fest, dass Migranten – wie alle Menschen - auch unangenehme Seiten haben.

Obwohl Migranten Opfer von Vorurteilen sind, haben sie auch selbst erhebliche ethnische Vorurteile – so die Botschaft der neuesten Studie des Konfliktforschers Heitmeyer (taz 6.10.99: „Stadt ohne Zukunft?“, Frankfurter Rundschau 6.10.99: „Nutzloser ‚Schimpfklatz‘ gegen Eckensteher“).

Diese triviale Erkenntnis ist ja doch nur eine Schlagzeile wert für Leser, die bisher Minderheitenangehörige idealisiert haben und angenommen haben, sie würden durch ihre Ausgrenzungserfahrung gegen Vorurteile gefeit. Diese Annahme widerspricht aber aller Lebenserfahrung und auch den Erkenntnissen der Vorurteilsforschung.

„Opfer sind denjenigen, die sie zum Opfer machen, nicht zwangsläufig moralisch überlegen, und selten gehen sie aus ihrem Opferdasein moralisch geädelt hervor.

Sie haben gelernt, dass der am Leben bleibt, der zuerst zuschlägt, und warten deshalb im Hinterhalt auf die Gelegenheit, selbst zuzuschlagen. Märtyrertum - ob in einer realen oder virtuellen Wirklichkeit - ist keine Garantie für Heiligkeit.

Die Erinnerung an Leiden ist keine Gewähr für hingebungsvollen, lebenslangen Einsatz gegen Unmenschlichkeit, Grausamkeit und Quälerei, wo auch immer sie stattfinden und wer die Leidenden auch sein mögen. Die Wahrscheinlichkeit ist mindestens genauso groß, dass durch Leiden die entgegengesetzte Lektion gelernt wird: nämlich dass sich die Menschheit in Opfer und Täter teilt und die Aufgabe dessen, der Opfer ist (oder damit rechnet, es zu werden), darin besteht, den Spiess umzudrehen (,der Stärkere überlebt‘)“ (Bauman 1998).

Was ist der Subtext des Medienechos auf die neueste Heitmeyer-Untersuchung? Die Schonzeit ist vorbei, politisch korrektes Denken darf uns nicht länger blind machen für die prädemokratischen und konflikträchtigen Einstellungen unserer ausländischen Mitbürger! – Das war ja auch schon der Tenor der 97er Studie von Heitmeyer über die kollektive Gewaltbereitschaft junger Türken.

Es ist jetzt schon abzusehen mit welchen Deutungsmustern die Ergebnisse dieser neuesten Studie durch die Mühle des Mediendiskurses getrieben werden. Die Migranten sollen sich erst einmal selber an die Nase fassen, bevor sie uns Ausländerfeindlichkeit vorwerfen. Es besteht kein Anlass, uns selbst zu bezichtigen. Vorurteile sind universal.

Eine solche Retourkutsche abstrahiert allerdings davon, dass die Vorurteile der Mehrheit in

die "Dominanzkultur" (Rommelspacher) einfließen und dass die Vorurteile derjenigen, die über mehr Machtmittel verfügen sehr viel handlungsrelevanter sind. Vorurteile schlagen erst dann in Rassismus um, wenn sie handlungswirksam werden in Form von Ausgrenzungshandlungen (Memmi 1987, S. 166). Die Minderheiten haben weniger Machtchancen, ihre Vorurteile handlungswirksam werden zu lassen. Das ist der grosse Unterschied, der bei der Gleichsetzung der ethnischen Vorurteile von Mehrheits- und Minderheitenangehörigen übersehen wird.

Das konstatierte Umschlagen positiver in negative Kollektivbilder der Immigration in liberalen Mittelschichten-Milieus kann man – wie das Barbara Ehrenreich bereits vor Jahren in den USA diagnostiziert hat - auf dem Hintergrund zunehmender Zukunftsängste zu deuten. Diese Ängste sind bedingt durch die ökonomischen Unwägbarkeiten und "Deregulierung" einer sich immer stärker globalisierten Wirtschaft (Ehrenreich 1992). Optimistisch in die Zukunft schauende Mittelschichten neigen weniger dazu, die Angst vor dem eigenen gesellschaftlichen Absturz bzw. dem Absturz ihrer Kinder in Schreckensbilder der Milieus sozial benachteiligten Gruppen zu projizieren (vgl. für Deutschland die Umfrage von Grimm/Ronneberger bei qualifizierten Dienstleistern zur multikulturellen Gesellschaft in Frankfurt 1994).

Dabei erfüllen diese negativen Bilder gleichzeitig die Funktion der Rechtfertigung des schleichenden Prozesses der Entsolidarisierung mit den sozial benachteiligten Gruppen, respektive der unterprivilegierten Mehrheit der Migranten. In einer Zeit, in der man immer weniger bereit ist, den Wohlstand zu teilen, und begehrte Positionen immer heißer umkämpft werden, kann durch die Reethnisierungshypothese die Verantwortung für soziale Ausgrenzungsprozesse an deren Opfer zurückgegeben werden. Sie sind selber schuld, da sie sich nicht bemühen Deutsch zu lernen und ihren unzeitgemäßen kulturellen Orientierungen verhaftet bleiben.

Überbewertung der individuellen kulturellen Anpassung als Königsweg der Integration

Ein weiteres Charakteristikum des Zeitgeistes ist die Überbewertung der individuellen Anpassung als Königsweg der sozialen Integration. Dies gilt für die Gesellschaftspolitik im allgemeinen und für die Integrationsüberlegungen zur Einwanderung in einem besonderen Masse. Dabei wird ein Verhältnis von kultureller Anpassung und struktureller Integration unterstellt, das den Einsichten der Migrationssoziologie widerspricht.

So kam die angelsächsische Migrationssoziologie schon in den 50er und 60er Jahren (Eisenstadt 1954, Gordon 1964) zu dem Ergebnis, dass der Integrationsprozess in erster Linie von dem Grad der Offenheit des aufnehmenden Systems abhängt. Je offener das aufnehmende System - auf der rechtlich, politischen, sozialen und sozialpsychologischen Ebene - , desto rascher erfolge die Eingliederung der Zuwanderer, desto größer sei auch die Neigung und die Fähigkeit von Einwanderern sich zu kulturell anzupassen und sich mit dem Aufnahmeland positiv zu identifizieren (vgl. Gaitanides 1983, S. 38f). Diese Hypothese wurde durch international vergleichende Studien belegt. Im deutschsprachigen Raum hat Hoffmann-Novotny schon Anfang der 70er Jahre in einer empirischen Studie über die Schweiz nachzuweisen versucht, dass die Assimilation der sozialen Integration folgt und nicht umgekehrt (Hoffmann-Novotny 1973). Und Esser hat in den 80er Jahren eine Reihe von

Studien durchgeführt, die belegen, wie sehr der Integrationsprozess - gerade von Arbeitsmigranten mit niedrigem Bildungsstatus - abhängt von den bereitgestellten Gelegenheitsstrukturen der aufnehmenden Gesellschaft (vgl. u.a. Esser 1980, 1990).

Wer auf Grund günstiger Bildungsvoraussetzungen und eines Mittelschichtenhabitus als Zuwanderer die Chance eingeräumt bekommt, weiter oben einzusteigen - wie z.B. akademisch qualifizierte Einwanderer - , wer durch Heirat Aufnahme in deutsche Privatkreise findet, lernt schneller deutsch und passt sich rascher an die Lebensorientierungen und den Lebensstil der Mehrheitsgesellschaft an.

Der gesteuerte Spracherwerb der Masse der weniger gut situierten Migranten, ist wesentlich abhängig von dem Grad der institutionellen Förderung bedarfsorientierter Sprachkurse. Gute Fortschritte bei der Sprachbeherrschung wurden beispielsweise in Schweden erzielt durch die Subventionierung von Sprachkursen für Neueinwanderer während der Arbeitszeit. Ebenso berichten die Niederländer über gute Erfolge ihrer äußerst aufwendigen Intensivsprachkurse für Neueinwanderer.

In beiden Fällen begnügt man sich nicht mit billigen Appellen an die Betroffenen – “Lernt doch endlich mal deutsch !” - sondern übernimmt seinen Teil der Verantwortung an den Sprachdefiziten und lässt sich das etwas kosten.

Weitere Indizien dafür, dass es keine Automatik zwischen kultureller Anpassung und sozialer Integration gibt, liefert die soziologische Mobilitätsforschung. Sie stellt fest, dass Teile der zweiten und dritten Generation trotz sprachlicher Assimilation und schulischer Angleichung im Beschäftigungssystem gegenüber gleichqualifizierten deutschen Schulabgängern benachteiligt sind:

"Die Untersuchung beruflicher Mobilitätsprozesse hat gezeigt, dass für die im Vergleich zu Deutschen geringere berufliche Mobilität und die schlechteren Einstiegsbedingungen der zweiten Generation vorwiegend strukturelle Hindernisse von Belang sind, und individuelle Faktoren, denen in Assimilationstheorien große Bedeutung zugemessen wird, kaum relevant sind. Bereits bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz zeigt sich, dass auch Ausländer der zweiten Generation mit einem mittleren oder höheren Abschluss in weit geringerem Umfang Erfolg haben als Deutsche gleichen Alters "(Seifert nach einer Längsschnittanalyse im Sozio-Ökonomischen Panel, 1984-1989 zu dem Ergebnis, 1995: 256).

Die Bildungs- und Ausbildungsrendite – d.h. das “Sich-Auszahlen” der Bildungsanstrengungen – ist bei Migranten geringer im Vergleich zu den Deutschen. Sie werden häufiger unter Qualifikation beschäftigt (Münz/ Seifert/ Ulrich 1997). Das hat natürlich demotivierende Folgen für die nachwachsenden Jahrgänge.

Große Differenzen haben die soziologischen Mobilitätsforscher – ähnlich wie bei den Frauen – auch bei der Karrieremobilität festgestellt. Formale Abschlüsse haben lediglich einen Einfluss auf die Einstiegsposition. Der langfristige Berufsstatus ist abhängig von der Entwicklung der Karrieremobilität. Er wird offensichtlich stärker von Zuschreibungen qua sozialer, geschlechtlicher und ethnisch/nationaler Zugehörigkeit beeinflusst als die Zugangschancen zu den Berufsanfängerpositionen. Migranten sind sehr viel seltener in höheren und leitenden Positionen anzutreffen (Gaitanides 1983; Münz/Seifert/Ulrich 1997).

Schlussbetrachtung

D.h.: Der soziale Integrationsprozess ist weniger deswegen blockiert, weil sich die Migranten zu wenig um Deutschkenntnisse und Bildungsabschlüsse bemühen, sondern es gibt offensichtlich Barrieren im aufnehmenden System. Dabei scheint es sich nur zu einem Teil um Diskriminierungsphänomene zu handeln. Sie sind allerdings im expandierenden Dienstleistungssektor mit Kundenkontakt besonders wirksam (Goldberg u.a. 1996). Wichtiger noch scheint der Mangel an Verfügung über extrafunktionale Ressourcen – wie Beziehungen und Mittelschichtenhabitus.

Auch scheint die in den letzten Jahren gebremste Tendenz zur relativen Zunahme weiterführender Bildungsabschlüsse von Migranten (vgl. Beauftragte 1997, S. 30f) weniger eine Folge deren erlahmenden Bildungsbereitschaft zu sein als eine Folge der in der Bildungslandschaft überall zu beobachtenden Verschärfung des Ausleseprinzips, das automatisch zu einer stärkeren Aussiebung der Kinder aus bildungsbenachteiligten Schichten führt .

Wenn jetzt z.B. in Hessen nach dem Regierungswechsel 1999 wieder Noten für die Grundschüler eingeführt werden sollen, dann ermutigt das wohl die Mittelschichtenkinder, die meist schon lesen können, wenn sie in die Schule kommen. Dagegen werden die Migrantenkinder, die diese Fertigkeit nicht mit in die Schule bringen, durch voraussichtlich schlechtere Zensuren schon im zarten Grundschulalter demotiviert.

Trotz aller schönen Reden zur symbolischen Aufwertung der Hauptschule lässt man es an aufwertenden Taten vermissen. Im Gegenteil man tut alles, damit sich die Schere zwischen dem Kompetenzniveau der Hauptschule und der weiterführenden Schule noch weiter öffnet. Ein jüngstes Beispiel aus Bayern: Die Pläne der flächendeckenden Internetversorgung der Schulen betreffen nur die weiterführenden Schulen. Die Hauptschulen; die mancherorts schon als ‚Ausländer-Restschulen‘ bezeichnet werden, werden bei der Vorbereitung auf das digitale Zeitalter außen vor gelassen.

Wir haben es also eher mit einem sozialen als einem kulturellen Integrationsproblem zu tun. Und dies zu lösen ist der Einzelne – auf sich allein gestellt – hoffnungslos überfordert. Bezüglich der Integrationsdefizite kann man demzufolge eher von einer Bringschuld der Bildungs- Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sprechen. Gefordert ist auch eine Antidiskriminierungspolitik, die - wie etwa in Großbritannien - an den strukturellen Ausgrenzungsmechanismen ansetzt. Sie kann nur durch entsprechende Gesetzesvorgaben realisiert werden. Weil man sich die Finger mit dem Ausländerthema in Hessen verbrannt hat, scheint sich aber bisher niemand in der Regierung an das heiße Eisen „Antidiskriminierungsgesetz“ zu wagen, obwohl es auf der Agenda der Koalitionsvereinbarungen steht.

Isoliert am Individuum ansetzende kulturelle Assimilationsmaßnahmen werden jedenfalls genauso wenig greifen wie die viel kritisierte „Ausländerpädagogik“ der 70er Jahre, die so hohe Erwartungen in den Spracherwerb und kulturelle Anpassung durch Umerziehung gesetzt hatte und dabei kläglich gescheitert ist.

Natürlich ist eine Intensivierung der Vermittlung von Deutschkenntnissen zu begrüßen, aber

wenn der neue Trend gleichzeitig ein Signal setzen sollte für den Abbau von Ansätzen, die die Herkunftskulturen als eine wichtige kognitive Ressource und auch als Identitätsressource betrachten, dann könnte die Trendwende ebenso negative Effekte zeitigen wie die vielgescholtene "Defizitorientierung" der "Ausländerpädagogik". Für eine solche Trendwende gibt es Anzeichen. In Baden-Württemberg überlegt z.Z. die Kultusadministration Mittel zu Lasten des muttersprachlichen Zusatzunterricht für zusätzlichen Deutschunterricht umzuschichten. In Hessen wird der muttersprachliche Unterricht ebenfalls stark beschnitten. - Wo doch Linguisten und Sprachwissenschaftler gute Gründe anführen, warum für den Erwerb der Zweitsprache die Entwicklung der Muttersprache von großer Bedeutung ist. Außerdem kommt es durch einen abrupten übergangslosen Sprachwechsel zu entwicklungsverzögernden Identitätsbrüchen (Rehbein 1986).

Zum Schluss möchte ich die Prognose wagen : Eine strikte Assimilationspolitik wird eher das Gegenteil bewirken von dem , was sie intendiert. Die Entwertung der Herkunftsidentität führt zur kontraproduktiven Reaktionen – entweder zu neurotisierenden Selbstverleugnungstendenzen oder zu ethnischen Trotzreaktionen, wohingegen eine liberale multikulturelle Politik die Spielräume für eine stressfreiere und produktivere Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen kulturellen Erwartungen und Identitätskonstrukten erweitert, und damit nachhaltigere interkulturelle Lernprozesse in Gang setzt.

Die strikten Universalisten und Vertreter einer Assimilationspolitik "berücksichtigen die Tatsache nicht, daß Kultur ein prozessuales Phänomen ist. Tatsächlich erlaubt die Flexibilität seitens der Mehrheitsgesellschaft, dass sich die kulturelle Dynamik entfalten kann - und es gerade nicht zu Verhärtungen und Festschreibungen kommt. Eine liberale und offene Politik gegenüber kulturellen Forderungen führt gerade nicht zu Gettos und Grenzziehungen, sondern zu offenen und fruchtbaren Auseinandersetzungen " (Schiffauer 1995).

Zudem grenzt es an Zynismus, wenn einerseits der Assimilationsdruck vermehrt wird, mit der Begründung, dadurch verbesserten sich die Integrationschancen und andererseits nichts unternommen wird, die strukturellen Zugangsbarrieren zur weiterführenden Bildung akzeptablen Berufspositionen abzubauen, – ja wenn diese Barrieren sogar gleichzeitig erhöht werden – wie ich das an Beispielen aus der Bildungspolitik zu zeigen versucht habe.

Literatur

Bayaz, Ahmet u.a. (Hg.)(1984): Anpassung an die Deutschen ? Weinheim/ Basel

Bauman, Zygmunt (1998) : Ein Mensch, der denkt, zwischen Scylla und Charybdis, Rede zur Verleihung des Adornopreises 1998, FR 14.9.

Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (1997): Bericht über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn

Behrendt, Max (1998): Die Rolle türkischer Vereine in der multikulturellen Gesellschaft. Ein Forschungsbericht aus Hannover. In: Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit 3-4/1998, S. 44-47

Ehrenreich, Barbara (1992): Angst vor dem Absturz. Das Dilemma der Mittelklasse. München

Eisenstadt, Shmuel N. (1954): The Absorbition of Immigrants. London

Elwert, Georg (1982): Probleme der Ausländerintegration, Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration ?. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 4 / 1982, S. 717-731

Esser, Hartmut (1980): Aspekte der Wanderungssoziologie. Darmstadt/Neuwied

Esser, Hartmut (1990): Generation und Identität. Opladen

Esser, Hartmut (1998): Ist das Konzept der Integration gescheitert ?
In: Landeszentrum für Zuwanderung Nordrhein-Westfalen, Eröffnungsfeier 8.1.98, S. 12-21

FES - Forschungsinstitut der Friedrich Ebert Stiftung, Bundesarbeitsministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hg.)(1986): Repräsentativuntersuchung 85', Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der BRD, Bonn

FES/SIGMA - Forschungsinstitut der Friedrich Ebert Stiftung und Forschungsinstitut SIGMA, Bundesarbeitsministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hg.)(1996): Repräsentativuntersuchung 95', Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der BRD, Bonn

Gaitanides, Stefan (1983): Sozialstruktur und "Ausländerproblem". Strukturelle Aspekte der Marginalisierung der Ausländer der ersten und zweiten Generation. München

Gaitanides, Stefan (1999): Das Projekt der multikulturellen Gesellschaft. In: Butterwegge, Ch. u.a. (Hg.)(1999): Medien und multikulturelle Gesellschaft. Opladen, S.164-186

Geiselberger, Siegmund (1992): Schwarzbuch : Ausländische Arbeiter. Frankfurt/M

Goldberg/Mourinho/Kulke (1996): Arbeitsmarkt-Diskriminierung gegenüber ausländischen Arbeitnehmern in Deutschland, International Labour Office, Genf

Gordon, Milton M. (1964): Assimilation in American Life. The Role of Race, Religion and National Origins. New York

Grimm, Sabine/ Ronneberger, Klaus (1994): Weltstadt und Nationalstaat. Frankfurter Dienstleistungsangestellte äußern sich zur multikulturellen Gesellschaft. In: Institut für Sozialforschung (Hg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Studien zur aktuellen Entwicklung. Frankfurt/ New York, S. 91-128

Groß, Peter (1994): Die Multi-Options-Gesellschaft. Frankfurt/M

Hamburger, Franz u.a. (Hg)(1983): Sozialarbeit und Ausländerpolitik. Darmstadt (Neue

Praxis, Sonderheft 7)

Heitmeyer, Wilhelm u.a. (1997): Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland. Frankfurt/M

Hentges, Gudrun (1999): Irreale Bedrohungsszenarien und reale Politik: "Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst der multikulturellen Gesellschaft". In: Butterwegge, Ch. u.a. (Hg.)(1999): Medien und multikulturelle Gesellschaft. Opladen

Hoffman-Novotny, Hans-Joachim (1973): Soziologie des Fremdarbeiterproblems. Eine theoretische und empirische Studie am Beispiel der Schweiz. Stuttgart

Kühn, Heinz (1979): Stand und Weiterentwicklung der Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland. Memorandum des Beauftragten der Bundesregierung. Bonn

Leggewie, Claus (1980): Deutschland – Land aus Gold. Zur Ökonomie des Arbeitsmigranten. In: Kursbuch 62, S. 121-133

Lüderwaldt, Detlef (1984): Integration (politisch-programmatisch). In: Auernheimer, Georg (Hg.)(1984): Handwörterbuch Ausländerarbeit. Weinheim/ Basel, S. 177-179

Nikolinakos, Marios (1973): Politische Ökonomie der Gastarbeiterfrage. Migration und Kapitalismus. Reinbeck bei Hamburg

Mayer, Karl Ulrich/ Müller, Walter (1976): Statushierarchie und Heiratsmarkt. In: Handl, J./Mayer, K.U./ Müller, W.: Klassenlagen und Sozialstruktur. Frankfurt/ New York, S.155-232

Memmi, Albert (1987): Rassismus. Frankfurt

Münz, Rainer/ Seifert, Wolfgang/ Ulrich, Ralf (1997): Zuwanderung in Deutschland. Strukturen, Wirkungen, Perspektiven. Frankfurt/ New York

Radtke, Frank-Olaf (1991): Lob der Gleich-Gültigkeit. Die Konstruktion des Fremden im Diskurs des Multikulturalismus. In: Bielefeld, Uli (Hg.): Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der alten Welt ? Hamburg

Rehbein, Jochen (1986): Perspektive Muttersprache. In: Kalpaka, Annita/ Rätzl, Nora: Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein. Berlin, S. 104-119

Schiffauer, Werner (1995): "Sie verlassen die geschützte Zone !". In: tageszeitung (taz) 14.11.

Schönbohm, Jörg: Ausländerpolitik in Deutschland – eine Herausforderung für die Zukunft. In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik1/ 1997, S. 3-8

Seifert, Wolfgang (1995): Die Mobilität der Migranten. Eine Längsschnittanalyse im Sozio-Ökonomischen Panel, 1984-1989, Berlin

Taft, Ronald (1957): A Psychological Model for the Study of Social Assimilation. In: Human Relations, 10, S. 141-156

Treibel, Annette (1999 2. Aufl.): Migration in modernen Gesellschaften. Weinheim/ München

"Die Untersuchung beruflicher Mobilitätsprozesse hat gezeigt, dass für die im Vergleich zu Deutschen geringere berufliche Mobilität und die schlechteren Einstiegsbedingungen der zweiten Generation vorwiegend strukturelle Hindernisse von Belang sind, und individuelle Faktoren, denen in Assimilationstheorien große Bedeutung zugemessen wird, kaum relevant sind. Bereits bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz zeigt sich, dass auch Ausländer der zweiten Generation mit einem mittleren oder höheren Abschluss in weit geringerem Umfang Erfolg haben als Deutsche gleichen Alters"

(Seifert nach einer Längsschnittanalyse im Sozio-Ökonomischen Panel, 1984-1989, vgl. Seifert, Wolfgang (1995): Die Mobilität der Migranten. Eine Längsschnittanalyse im Sozio-Ökonomischen Panel, 1984-1989, Berlin, S.256).